

LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 16. Jahrgang

Monat März 2010

Preis: Spende



**Thüringer Ostermarsch 2010
65 Jahre gegen Atomwaffen und Kriege –
wir demonstrieren weiter!**

Samstag, 03.04.2010 um 11 Uhr Ohrdruf

So gesehen... ...wird es immer wieder Menschen geben, die sich über andere stellen und dies als „gottgegeben“ „natürlich“ empfinden und eben auch danach handeln. Alles was sie denken und fühlen ist richtig und wird durchgezogen. Äußere Einflüsse prallen an der harten Schale ab und erreichen somit den harten Kern auch nicht, um dort zu wirken. Ihr ganzes Leben wird davon bestimmt, den eigenen Weg niemals zu verlassen und die reale sowie die eingebildete Konkurrenz aus dem Weg zu räumen. Es geht nur noch um Macht, somit auch den Systemerhalt. Soziale Komponenten, Moral, Aufrichtigkeit werden auf diesem Altar der Macht geopfert. Es gibt immer weniger echte Freunde, kaum Menschen, die sich wagen, auch nur die Stimme zu erheben, egal wie schlecht der Vorschlag, das Verhalten, die Rede eben war. Wenn Menschen Macht über andere Menschen erhalten und diese auch ausüben, beginnt sich der Traum von der Demokratie und der freiheitlich demokratischen Grundordnung ins Nichts zu verflüchtigen und hinterlässt nur einen Duftschleier, wie schön es hätte sein können. Dieser Duftschleier ist die einzige Zutat für die Suppe, die das Kapital den Menschen hier eingebrockt hat. Wobei einbrocken ja assoziiert, dass in dieser Suppe noch was drin wäre außer schlechtem Kohl und saurem Wasser. Aber man sagt das halt so.

Immer wieder werden die bürgerlichen Rechte für alle Menschen herbeigebebetet, wenn Faschisten ihre braune Hetze unters Volk verspritzen wollen. Immer genau dann wird das Recht auf Demonstrationsfreiheit beschworen, Meinungsfreiheit angemahnt. Was ist mit der Demo- und Meinungsfreiheit der Antifaschisten? Essig! Die sind Zecken, Linksextremisten verbunden und sowieso gegen alles und Jeden, somit zählen die nicht so doll. Ein paar mächtige Menschen in Sachsen haben an Rädern gedreht, um mit aller Macht ein solides, präventives Reinigungsbündnis zu verhindern, dass die wunderschöne Dresdner Innenstadt gegen die Ausscheidungen der braunen Penner geschützt wird. Vorauseilender Umweltschutz eben. Einige Mächtige haben es geschafft, die sächsische Polizei zu instrumentalisieren und eine Durchsuchung in der Zentrale der Linken in Dresden durchzusetzen und das Bündnis zu bestehlen. Zigtausende Plakate für tausende Euro wurden beschlagnahmt, damit man das Bündnis dort trifft, wo alle am empfindlichsten sind in einer Gesellschaft, die Geldverdiener zur Ersatzreligion erhoben hat. Mächtige Menschen haben sich fragwürdiger Methoden bedient, um ihren eigenen Willen, oder den der Nazis durchzudrücken und Menschen zu kriminalisieren, die nicht in ihr eigenes Weltbild passen. Zum Glück sind die damit nicht durchgekommen. Niemand hat sich von den fragwürdigen Plakatdiebstählen durch staatliche Organe einschüchtern lassen. Das Aufsehen, welches die Aktion erregt hat, verhalf den Antifaschisten zu einem starken Aufwind. So konnten dann durch die Spenden eben 130000 Plakate mehr gedruckt werden, die Zahl der Promiunterstützer stieg mit dem Tag der Kriminalisierung in erstaunliche Höhen. Jetzt, nachdem die Sache gelaufen ist, ohne die vorher prognostizierten, bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen, provoziert durch die Linksextremisten, jetzt sonnen sich alle wieder im Ruhm der Verhinderung. WIR! Haben es geschafft, sogar die Kuschel-Konsens-Weichei-Kanzlerin, die die nie was sagt, aber trotzdem jeden Tag irgendwo eine Rede hält, findet es toll, dass die bürgerliche Mitte sich dem braunen Mob in den Weg gestellt hat. Haha. Die glaubt auch daran, was sie sagt. Alle waren plötzlich dabei. Super Klima... erschreckend. Aber ein Gespür für die Stimmung der Menschen haben erfolgreiche Machtmenschen schon immer bewiesen. Sonst hieße es nicht ab und an, Brot und Spiele für die Unterschichtler. Also diesem Gespür folgend, dass die deutschen Menschen noch nicht wieder bereit sind für einen starken, rechten Führer, stellt man sich offiziell als Antifaschist dar. Natürlich immer erst nach der Messe. Die bürgerliche Mitte als Kämpfer gegen den braunen Mob. Kerzen, Kruzifixe und Gebete gegen Molotowcocktails, Baseballschläger und Hassparolen. Das hat schon damals in den zwanziger Jahren nicht funktioniert und wird es heute erst recht nicht. Die Rechte hat aus ihren Fehlern von damals gelernt. Sie wird nicht mehr mit LKW's und braunen Hemden Deutschland einnehmen wollen. Nein, mit Charme und permanenter, unter-schwelliger Hetze gegen Andersdenkende. Mit Macht und Geld und Ideologien für geistig Arme werden Menschen wie H.-Ch. Köllmer die bürgerliche Mitte für sich vereinnahmen und diese in dem Glauben lassen, die anderen seien die Bösen, dann werden die Gehirne mit Gewäsch, Fernsehen und kleinen Skandalchen paralytisch und wieder darf eine kleine Clique im Land schalten und walten, wie sie will, weil der eine Teil der Bevölkerung vernebelt Claudia Schiffer und Dieter Bohlen anhimmelt und der andere Teil im Exil oder Lager vor sich hin vegetiert.

Mama

Der Kreisvorstand informiert über neue Mitglieder des Kreisverbandes*:

Karl, Günter; geb. 21.02.1954; 98701 Großbreitenbach, Wiesenweg 25; z.Zt. arbeitslos

Thron, Alexander; geb. 22.10.1982; 98693 Ilmenau, R. Breitscheidstr. 7; Azubi

Hofmann, Petra; geb. 26.08.1972; 98716 Elgersburg, Schmückerstr. 15; Kauf-frau im EH

Meurer, Daniel; geb. 03.02.1991; 98708 Gehren, Am Denkmal 18; Elektroniker für Betriebstechnik

*Gemäß §2 der Bundessatzung informiert der Kreisvorstand an dieser Stelle über neue Mitglieder. Jedes Mitglied hat das Recht, innerhalb von 6 Wochen Einwände beim Kreisvorstand vorzutragen.

Inhalt:

Die Partei lebt von ihrer Gesamtheit und nicht von einzelnen Teilen	Seite 3
Offener Brief von Bodo Ramelow als ehemaliger Parteibildungsbeauftragter	Seite 4
Hoher Respekt für LINKE Aghanistan-Aktion im Bundestag	Seite 5
Nazis gestoppt – wir waren dabei!	
Mitgliedervotum	Seite 7
Nicht Ruhe geben – Krach schlagen!	Seite 8
Solarenergieförderung	Seite 9
Initiativen	Seite 10
Am 14. März gehen wir wieder an ihre Gräber	Seite 11
Straßenbaumaßnahme für die Gemeinde und die Bürger nicht finanzierbar	Seite 13
Erklärung des Stadtverbandes sowie der Fraktion im Stadtrat der Stadt Arnstadt der Partei DIE LINKE.	Seite 14
Zum 13. Februar in Dresden	Seite 15
Landrat Kaufhold favorisiert Stichwahlen?	Seite 15
Termine	Seite 16

Kreismitgliederversammlung in Plaue

Die Partei lebt von ihrer Gesamtheit und nicht von einzelnen Teilen

Zu einer Kreismitgliederversammlung trafen sich am 26. Februar über 70 Parteimitglieder und Gäste der LINKEN im Hotel „Plauescher Grund“ in Plaue. Auf der Tagesordnung standen die Beratung der Aufgaben für 2010, die Verabschiedung des Finanzplanes und eine Nachwahl für den Kreisvorstand.

Auch ohne den Landesvorsitzenden Knut Korschewsky, der sich wegen anderer Termine entschuldigen musste, entwickelte sich eine lebhafte und spannende Diskussion.

Die Bürgermeisterwahlen habe ich als Kreisvorsitzender zu einer wichtigen Aufgabe für das laufende Jahr gezählt. Hier müssen wir Flagge zeigen und überall dort, wo wir bei den Gemeinderats- und Stadtratswahlen mehr als 25 % Wählerinnen und Wähler hatten, sollten wir zur Bürgermeisterwahl antreten. Die Orte, wo dies möglich ist, sind Frankenhain, Liebenstein, Wildenspring, Witzleben und Wipfratal.

Für das innerparteiliche Leben von entscheidender Bedeutung ist die Stärkung der Mitgliederversammlung. Insbesondere in Ilmenau (wo sich gute Ansätze entwickeln) aber auch in Arnstadt müssen neben dem Kreis die beiden Stadtverbände dieser Problematik stärkere Bedeutung beimessen. Insbesondere für die Integration neuer Parteimitglieder aber auch für die anstehende Programmdiskussion ist das wichtig und, wie sich zeigt, auch die innerparteilichen Querelen, die z.B. in Weimar, Greiz oder anderswo auftreten, sind vermeidbar oder zumindest beherrschbar, wenn sich die

GenossInnen regelmäßig treffen und nicht vorrangig auf andere Formen des Mitgliederlebens, wie Treffen in Plattformen, IG, AG usw. ausweichen. Die Partei lebt von ihrer Gesamtheit und nicht von einzelnen Teilen.

Auch für die Unterstützung der Fraktionen und die Findung ihrer Rolle in den kommunalen Parlamenten muss die Mitgliederversammlung an Bedeutung zunehmen. Es reicht nicht, alle zwei Jahre Berichte über geleistete Arbeit entgegen zu nehmen. Auch bei aktuellen Problemen müssen die

sammelt und andere aus dem Unterstützerkreis sich zurück halten. Hinzu kommt, so habe ich in meinen Ausführungen gesagt, dass die SPD aus dem Unterstützerkreis ausgeschieden ist und die von ihr mit zu verantwortende Regelung der Landesregierung, finanziell voll auf die Kommunen durchschlägt, die mit noch weniger Geld (93 Millionen!) als vorgesehen, ihre Aufgaben im Jahr 2010 kaum noch erfüllen können.

In der anschließenden Diskussion ergriffen 13 Genossinnen und Genossen das Wort. Kontrovers wurde die Aktion der Bundestagsfraktion der Linkspartei diskutiert. Neben Zustimmung zu dieser Aktion (die Fraktionäre der LINKEN zeigten in der Debatte zum Afghanistankrieg Schilder mit Namen getöteter Zivilisten und wurden wegen eines Verstoßes gegen die Geschäftsordnung des Saales verwiesen) gab es auch Kritiker, die diese Aktion als falsch bezeichneten.



Der Saal des Hotels in Plaue war gut besucht. Allerdings war es so kalt, das alle Anwesenden zustimmten, einen Punkt der Tagesordnung auf einen späteren Termin zu verschieben.

Foto: E. Brühl

Mitglieder an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Ansatzweise gut gelungen ist dies mit der von mir angekündigten Entscheidung im Kreistag über die Fortführung der Organisation von Hartz IV. Die Kreistagsfraktion wird das ernst nehmen, was in Plaue dazu gesagt wurde.

Als wichtige politische Aufgabe steht die Unterstützung des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik“. Seit Anfang Februar läuft das Volksbegehren. Es kommt nur schleppend in Gang. Kritik wurde von Arnstädter GenossInnen laut, weil nur DIE LINKE wieder auf der Straße steht und

Der Finanzplan wurde einstimmig beschlossen.

Cornelia Wanderer wurde mit 85% Zustimmung in den Kreisvorstand nachgewählt, der damit satzungsgemäß quotiert ist.

Eckhard Bauerschmidt



Offener Brief von Bodo Ramelow als ehemaliger Parteibildungsbeauftragter

Liebe Genossinnen und Genossen, ungefragt und ungebeten, ungeschönt und unverblümt will ich mich als ehemaliger Beauftragter zur Parteibildung, im Volksmund Fusionsbeauftragter genannt, zu Wort melden.

Ich beginne mit dem Bekenntnis, dass mir manches an öffentlichem oder parteiinternem Getöse zurzeit ziemlich auf die Nerven geht. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass es unumgänglich ist, zu spüren, dass wir uns mitten in einem inneren Wachstumsprozess der Partei DIE LINKE befinden und dies eben leider auch mit Spannungen, Widersprüchen und Brüchen verbunden ist. Das ist wenig freundlich, aber alternativlos und ich finde, mehr Gelassenheit tut uns allen gut.

DIE LINKE würde nicht existieren, wenn nicht mit Oskar Lafontaine eine Politikerpersönlichkeit den Anstoß von außen gegeben hätte, zwei sehr unterschiedliche Parteien zu motivieren, über einen gemeinsamen Weg nachzudenken. Der Impuls kam von außen, er war notwendig und hat uns mit der angekündigten Bundestagswahl 2005 vor Probleme gestellt, bei denen die Öffentlichkeit und die Medien der festen Überzeugung waren, dass wir scheitern müssen. Das Gegenteil war der Fall. Persönlichkeiten wie Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine waren Garanten unseres Erfolgs und die politische Notwendigkeit der Existenz unserer Partei zeigt sich täglich neu.

Gemeint sind Vorgänge wie zurzeit am Erfurter Bundesarbeitsgericht, wo geprüft wird, ob in Zukunft konkurrierende Tarifverträge in die Betriebe Einzug halten – ein Bruch mit der gesamten arbeitsrechtlichen Kultur seit 1945. Dies einhergehend mit der Zerstörung des Postmindestlohns, der Ankündigung, bei der PIN-AG den Hungerlohn noch weiter herabzusetzen sowie in Kenntnis von Armutslöhnen, die in den neuen Bundesländern zur Normalität geworden sind.

Unser politisches Konzept ist notwendig und alternativlos! Die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen, wäre ein erster Schritt, um sie endlich in umgekehrter Richtung in Gang zu setzen. Wir müssen viele Menschen mitnehmen, in West und Ost, in Nord und Süd, die gemeinsam solidarisch dafür kämpfen wollen, dass Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen gestärkt werden und die politische Kultur sich wieder mehr auf das Soziale im Staat konzentriert.

Jetzt treten wir in die erste Etappe nach den Übergangsvorschriften der formalen Vereinigung unserer Partei ein. Diese Zeitabläufe waren von Anfang an so ge-

plant und mit den programmatischen Eckpunkten so angelegt, dass sie sofort zu einer intensiven gesamtdeutschen Debatte innerhalb unserer Partei über programmatische Inhalte führen sollten.

Mit dem Auslaufen von formalen Übergangsregeln wollten wir mit der aktiven Debatte um unsere Programmatik dem drohenden Vakuum entgegenwirken. Festmachen will ich es am Begriff des demokratischen Sozialismus. Hier gab es heftige Auseinandersetzungen alleine schon bei der Namensgebung: sollen wir die neue Partei als sozialistische Partei positionieren und sie auch so benennen? Hier gab es viele gegenteilige Auffassungen aus westdeutscher Sicht, aus 40 Jahren Antikommunismus gespeist. Hier treffen aber auch unterschiedliche Ideen über ein Sozialismusbild aufeinander, bei der nicht nur Vertreter von West und Ost heftig in der Debatte sind.

Ich halte diese Debatte für notwendig und ich halte sie auch für zielführend, denn so waren die programmatischen Eckpunkte angelegt: um Diskussionen in dieser Bandbreite zu eröffnen und zu ermöglichen. Wir dürfen keine Partei sein, die darauf wartet, ob irgendetwas vorgelegt wird, wir müssen eine Partei sein, die über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft debattiert und über die Debatte eine Eigenbestimmung vornimmt, was wir sein wollen.

Ich halte eine sozialistische Partei im Europäischen Maßstab für normal und ich werbe für eine ebensolche. Ich halte aber eine LINKE nur für akzeptabel, wenn sie plural angelegt ist und die Debatte um einen besseren Weg und auch um die alltäglichen Alternativen kraftvoll ausstrahlt und lebt.

Durch die Erkrankung unseres Vorsitzenden Oskar Lafontaine und den Wechsel unseres Vorsitzenden Lothar Bisky zur Europäischen Linkspartei haben wir jetzt ein Führungsvakuum, das leider überlagert wird durch ein längeres Zögern in der aktiven Programmdebatte. Wir brauchen deshalb beides!

Eine aktive Programmdebatte über unsere Selbstbestimmung und einen Personalvorschlag für den Rostocker Parteitag, der dort auch von den Delegierten mit großer Mehrheit gewählt wird. Dieser Aufbruch, den wir in Rostock brauchen, kann sich an den bisherigen Vorsitzenden nicht messen lassen und darf es auch nicht. Wir müssen deshalb den Mut zu ungewöhnlichen Entscheidungen haben und mit einem Personaltableau in die nächste Etappe gehen, bei dem die Partei sich in Gänze wiederfindet und das uns die notwendige Ruhe gibt, den inneren Wachstumsprozess orga-

nisieren zu können.

Ich unterstütze deshalb ausdrücklich den gesamten Personalvorschlag, für den der Parteivorstand in einer Telefonkonferenz mit 28 Ja-Stimmen votiert hat. Man mag sich über den Weg, wie wir zu dem Vorschlag gekommen sind, ja streiten. Dieser Streit nützt aber nichts, wenn er so geführt wird, dass einzelne Personen herausgelöst werden sollen, verbunden mit der Hoffnung, den gesamten Vorschlag wieder aufzumachen. Wir brauchen in Rostock einen Aufbruch, bei dem Partei und Parteilührung ein gegenseitiges Vertrauen aufbauen und entwickeln und ich sehe dies gut verbunden mit der Programmdebatte.

Mögen wir uns über einzelne Formulierungen streiten.

Mögen wir uns über die Geschwindigkeit im Weg streiten.

Dies alles würde ich als konstruktiv ansehen. Aber ein Eingraben in Schützengräben und ein Rückzug in Gremien oder Landesverbände führt nur dazu, dass wir nicht nur Flügelkämpfe bekommen, sondern - freundlich gesagt - zu einer Parteilholding mutieren. Die Summe aller Unterschiedlichkeit darf nicht in einer Holdingverwaltung kulminieren, die Kraft der Führung muss darin liegen, über das Bewusstmachen der Unterschiede unsere Ziele besser und vor allem gemeinsam zu bestimmen.

Wir sind die Partei der deutschen Vereinigung und müssen dies auch leben. Deshalb brauchen wir auch die Transformationserfahrungen der neuen Bundesländer, um in Westdeutschland Alternativen aufzeigen zu können: Längeres gemeinsames Lernen, ein modernes einheitliches Dienstrecht, eine einheitliche moderne Bürgerversicherung – das sind Ziele, die nach vorne weisen und die aus Erfahrung von Ost und West gespeist werden.

Wir müssen über die westdeutschen Tabus offensiv reden, um Alternativen dazu zu entwickeln.

Das Beispiel der Teilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte oder die Trennung zwischen ambulant und stationär sowie die Trennung in 16 verschiedene Landesbildungssysteme zeigt, wie notwendig ein Aufbruch in der bundesdeutschen Gesellschaft wäre.

Ich bin überzeugt, dass wir Tausend Argumente auf unserer Seite haben, die alle mehr wiegen als jedes Argument, das nur gegen die andere Strömung gerichtet ist.

In diesem Sinne werbe ich für das gesamte Personaltableau, einschließlich der zwei Geschäftsführer, denen ich zutraue, dass sie die Geschäfte der Partei gemeinsam und gut führen werden.

Ich verbinde diese Werbung für das Personaltableau aber mit einem Vorschlag, den ich dem Rostocker Parteitag zur Entscheidung empfehle: die Frage, ob wir dauerhaft eine geschlechtsspezifische Doppelspitze als Markenzeichen unserer Partei in die Satzung aufnehmen, ist von einer solchen Bedeutung, dass sie nach dem Programmparteitag von unseren Parteimitgliedern per Urabstimmung entschieden werden

sollte. Das Geschäftsführer-Tandem sollte aus meiner Sicht nur eine Übergangslösung bleiben.

Deshalb wäre es gut, wenn unsere Mitglieder neben der Programmdebatte auch eine Führungsdebatte führen, die gekrönt wird durch eine Urabstimmung, die dauerhaft Klarheit bringt.

In diesem Sinne wünsche ich mir einen Aufbruch und keinen Kleinkrieg.

Ein Kleinkrieg würde bedeuten, dass die neoliberalen Think Tanks in Deutschland glauben, sie kriegen uns klein! Das dürfen wir uns nicht erlauben, denn die Menschen brauchen uns und setzen Hoffnung in uns.

Auf in die nächste Etappe!

*Bodo Ramelow
 Erfurt, den 16. Februar 2010*

Hoher Respekt für LINKE Afghanistan-Aktion im Bundestag

Wie es in der Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers zur Sitzung des Parteivorstandes vom 27. Februar heißt, hat der Vorstand der Bundestagsfraktion der LINKEN hohen Respekt für ihre Aktion und für ihr Abstimmungsverhalten in der jüngsten Afghanistan-Debatte des Parlaments gezollt.

„Mit dem Gedenken an die Opfer von Kundus und dem Nein zur Verlängerung des Kriegeinsatzes und zur Aufstockung der Bundeswehr-Truppen setzte die Fraktion den konsequenten Kurs der Partei fort. In diesem Zusammenhang dankte der Vorstand auch den Parteimitgliedern und Friedensbewegten, die jüngst in Berlin erneut gegen den Afghanistan-Krieg auf die Straße gingen. In gleicher Weise zeigte sich der Parteivorstand hoch zufrieden mit der Tatsache, dass es Tausenden Antifaschistinnen und Antifaschisten am 13. Februar gelang, den beabsichtigten Marsch alter und neuer Nazis durch Dresden zu verhindern. Auch hier standen viele Mitglieder der Partei, darunter zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier, in den ersten Reihen derer, die sich dem Naziaufmarsch entgegenstellten.“

Als während der Parteivorstandssitzung bekannt wurde, dass Mitgliedern der LINKEN Strafverfahren wegen ihrer Teilnahme an der Blockade in Dresden drohen, erklärte sich das Gremium solidarisch mit allen Betroffenen und forderte die Staatsanwaltschaft Dresden auf, die Verfahren - die teilweise auf Anzeigen von Rechtsextremisten basieren! - sofort einzustellen. „Antifaschistisches Engagement ist nicht nur Recht, es ist Pflicht. Die eingeleiteten Verfahren gegen Petra Pau, André Hahn, Bodo Ramelow, Willi van Ooyen und andere sind absurd“, heißt es in einer entsprechenden Erklärung.

Der Parteivorstand befasste sich weiter mit der gegenwärtigen Lage in Griechenland, erklärte seine Solidarität mit den dort Streikenden und brachte seine tiefe Sorge darüber zum Ausdruck, dass die komplizierte Lage Griechenlands von den Finanzhais, von der Europäischen Kommission und von neoliberalen Regierungen in den Hauptstädten der EU ausgenutzt

wird, um Sozialabbau durchzusetzen.

Auf innenpolitische Entwicklungen eingehend, verurteilte der LINKEN-Vorstand die gesellschaftsspaltenden Attacken des FDP-Vorsitzenden Westerwelle. Durch das „Hartz IV-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichtes sieht sich DIE LINKE bestärkt in ihrer Politik gegen Sozialabbau und Ausgrenzung, für gute Arbeit und für Mindestlöhne. In Dresden, in der Anti-Kriegspolitik und bei anderen Aktionen habe, so die Einschätzung des Vorstandes, die Partei wieder die Fähigkeit zu geschlossenem und erfolgreichem Handeln unter Beweis gestellt. Diese, darin waren alle ebenso sicher wie einmütig, wird DIE LINKE auch beim Landtagswahlkampf in NRW unter Beweis stellen. Alle Landesverbände haben konkrete Verabredungen zur Unterstützung des Wahlkampfes vor Ort getroffen, so strebt die ganze Partei danach, das wichtigste Ziel zu erreichen: den Einzug in den Landtag.

Vorbereitung des Rostocker Parteitages

Selbstverständlich spielten auch die gegenwärtigen innerparteilichen Debatten eine Rolle im Parteivorstand. Das Eingreifen in die Politik und die ordentliche Vorbereitung des Rostocker Bundesparteitages werden der beste Weg sein, mit Entwicklungsproblemen der Partei umzugehen. Der Bundesparteitag wurde offiziell einberufen und wird am 15. und 16. Mai 2010 in der Stadthalle Rostock tagen. Am Vortag wird ein Frauenplenium zusammenkommen. Die vorläufige Tagesordnung des Parteitages sieht unter anderem Wahlen zum Parteivorstand, zur Bundesschieds- und zur Bundesfinanzrevisionskommission sowie die Aussprache und Beschlussfassung zu einem Leit Antrag vor. Mit einem Leittrags-Entwurf sowie mit Anträgen zu Regularien des Parteitages wird sich der Parteivorstand abschließend in seiner März-Sitzung beschäftigen. Beschlungen wurde, am 24. April in Kassel eine Beratung der Kreisvorsitzenden der Partei DIE LINKE durchzuführen.

Weitere Tagesordnungspunkte und Entscheidungen im Parteivorstand:

- Beschlossen wurde die Vorbereitung und

Durchführung einer gesundheitspolitischen Kampagne der Partei DIE LINKE und Zustimmung fand der Finanzplan zur Fortführung der Kampagne „Privatisierung stoppen! Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist“, die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit werden sollen.

- Bestätigt wurden die Finanzplanung des Parteivorstandes für das Jahr 2010 sowie die Endabrechnungen der zentralen Wahlkampfetats für die Europawahl und für die Bundestagswahl 2009 und die zentrale Wahlkampfspendenkampagne 2009, die 613.614, 80 Euro erbracht hatte.

- In einem Tagesordnungspunkt „Jugend - Jugendpolitik - Jugendarbeit“ informierten Vertreter/innen des Jugendverbandes Linksjugend [solid] und des Studierendenverbandes Die Linke.SDS über ihre bisherige Arbeit und künftige Vorhaben. Beschlossen wurden hier die Unterstützung des bundesweiten Bildungsstreiks 2010 und die Durchführung einer jugendpolitischen Konferenz.

- Der Parteivorstand rief auf zur Beteiligung an Bündnis gegen den Naziaufmarsch in Duisburg am 27. / 28. März 2010 und zur Unterstützung der Aktionen gegen die Atomkraft am 24. April 2010. Zu Letzteren zählen eine Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel sowie weitere Aktionen in Ahaus, Neckarwestheim und Biblis.

- Zustimmung fand ein Antrag auf Unterzeichnung eines Offenen Briefes an die Bundesregierung, den die Kampagne „Steuer gegen Armut“ zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer initiiert hat.



Nazis gestoppt – wir waren dabei!

Samstag, 13.02.2010, Bustreff Arnstadt. Es ist 06.30 Uhr und schweinekalt. Ich warte auf den Bus aus Ilmenau, der uns nach Dresden zur Demo gegen den dort geplanten Naziaufmarsch bringen soll. Neben mir noch drei junge Leute, die auch mitwollen. Etwas später trifft noch Sabine Berninger ein, die kam mit ihrem Auto kaum von ihrem Grundstück, da der Winterdienst die Einfahrt zugeschoben hatte. Endlich, der Bus aus Ilmenau kommt und mit ihm schon ca. 30, meist junge Leute – alle mit einem Ziel: Der Aufmarsch von Nazis, die das Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. und 14. Februar 1945 verinnahmen wollen, soll verhindert werden.

06.45 Uhr geht's los. Die Stimmung ist gut, obwohl wir nicht wissen, was uns in Dresden erwartet.

Sabine als Busverantwortliche managt souverän alle organisatorischen Fragen, verteilt Verhaltenshinweise, Stadtpläne, sammelt das Fahrgeld in Höhe von zehn bzw. fünf Euro ein, hält per Handy Verbindung mit den anderen Thüringer Bussen.

Bei einer kurzen Rast auf der Autobahn treffen wir auf weitere Busse aus Thüringen und anderen Bundesländern. Man kommt kurz ins Gespräch. Alle wollen das eine: Nazis stoppen!

Kurz vor zehn treffen wir in Dresden ein und fahren Richtung Neustadt, denn am Neustädter Bahnhof wollen die Nazis ihren Marsch beginnen. Wir treffen immer mehr Busse. An den Kennzeichen ist zu erkennen, dass „ganz Deutschland“ Dresden unterstützt. Dann Stopp, ab hier müssen wir zu Fuß weiter, die Polizei lässt die Busse nicht weiterfahren. Nach ca. 10 Minuten Fußmarsch haben wir unser „Einsatzziel“ erreicht: eine Straßenunterführung unter der Eisenbahn unweit des Neustädter Bahnhofs. Wir sind nicht die ersten; eine große Menschenmenge sperrt schon die ganze Straße unter der Unterführung. Davor, auch über die ganze Straße: Polizeifahrzeuge und davor wiederum eine Kette Polizeibeamter.

Die Stimmung unter den DemonstrantInnen ist – trotz der eisigen Kälte - gut, es wird gelacht, Antinazispredchöre machen die Runde, Plakate werden gezeigt, vier lebensgroße Stabpuppen werden von jungen Leuten bis unmittelbar an die Polizeikette herangeführt. Aber alles bleibt friedlich, es gibt keine Ausschreitungen, die der Polizei einen Vorwand für ein Eingreifen liefern könnten.

Über Megafone werden wir immer

aktuell über die Situation an anderen Blockadepunkten informiert. Und immer großer Jubel, wenn verkündet wird: die Nazis stehen immer noch an ihrem Ausgangspunkt und dürfen nicht marschieren!

Um kurz nach 11 dann ein wenig Aufregung: „Rückt bitte enger zusammen, jetzt ist Kuschneln angesagt.“, werden wir über Megafon aufgefordert. Anscheinend macht sich die Polizei bereit für eine Aktion. Beklommen rücken alle dicht zusammen, denn so ist man vor einem Auflösungsversuch durch die Polizei besser gewappnet. Dann – Entwarnung: „Die Polizeibeamten frieren auch, sie haben sich bloß ihre Handschuhe angezogen.“ Alle schmunzeln erleichtert.

12.00 Uhr, trotz warmer Kleidung kriecht die Kälte immer mehr den Körper hoch. Vor allem an den Füßen merkt man es. Also: mal schnell eine Runde drehen und dann wieder rein in die Blockade; jede/r Einzelne zählt!

Die Polizei räumt die bisher von ihr besetzte Straßenkreuzung, welche später, gegen 14 Uhr, von den DemonstrantInnen eingenommen wird. Gegen 16.00 Uhr dann die unter Jubel verkündete Nachricht: „Die Nazikundgebung löst sich auf, einzelne Nazis sind schon auf der Rückfahrt!“ Hochstimmung unter den DemonstrantInnen: wir haben es geschafft! In diesem Jahr konnten die Nazis nicht durch Dresden marschieren! Die Leitung des Blockadepunktes fordert alle auf, noch zu bleiben, nicht auseinander zu laufen; einzelne Nazi-Gruppen könnten versuchen, doch noch zu marschieren.

Gegen 16.30 verlassen wir „Ilm-Kreisler“ den Blockadepunkt, bis zu unserem Bus haben wir ca. 45 Minuten Fußmarsch vor uns. Und der tut gut: langsam kommt beim Laufen die Körperwärme zurück! In einem Cafe schnell noch eine heiße Schokolade – die Welt ist in Ordnung.

Auf der Rückfahrt im Bus zunächst Hochstimmung: wir haben mit dazu beigetragen, den Naziaufmarsch zu verhindern! Später wird es dann ruhig, fast alle schlafen. Sechs Stunden Stehen bei eisigen Temperaturen fordern ihren Tribut.

Gegen 22.00 Uhr Ankunft in Arnstadt. Der Samstag ist „gelaufen“. Man hätte ihn sicher auch angenehmer verbringen können, aber sicher nicht sinnvoller!

Und nächstes Jahr – wenn es sein muss, auf ein Neues! Und dann vielleicht mit ein paar mehr GenossInnen aus dem Kreisverband.

Klaus Häßner



Mitgliederentscheid zur Vorbereitung des Bundesparteitags in Rostock

Die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben beim Parteivorstand die Durchführung eines Mitgliederentscheides beantragt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Vor fünf Jahren begann mit der vorgezogenen Bundestagswahl, dem Austritt von Oskar Lafontaine aus der SPD und den ersten Sondierungsgesprächen zwischen PDS und WASG die Geschichte der Partei DIE LINKE. In diesen fünf Jahren hat DIE LINKE nicht nur eine Vielzahl von Wahlerfolgen errungen, sondern begonnen, Politik und Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Sie hat dazu beigetragen, die Herrschaft der neoliberalen Eliten zu erschüttern und den sozialen Kämpfen wieder eine Perspektive zu geben, die über den Kapitalismus hinausweist.

Das ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Es gehört zu ihren unabdingbaren Voraussetzungen, dass die verschiedenen Teile, aus denen die neue LINKE zusammenwächst, in Respekt und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Der Gründungsparteitag im Juni 2007 hat deshalb eine Reihe von Übergangsbestimmungen in der Satzung verankert, mit denen dieses Zusammenwachsen abgesichert wurde, darunter auch die Leitung der Partei durch zwei Parteivorsitzende. Diese Übergangsrege-

lung läuft mit dem Parteitag 2010 aus. Der Parteivorstand hat am 26. Januar 2010 einen Vorschlag für die personelle Besetzung des Geschäftsführenden Parteivorstands unterbreitet, der zwei Parteivorsitzende, vier stellvertretende Parteivorsitzende, zwei GeschäftsführerInnen und zwei Mitglieder mit besonderen Aufgaben für die Parteibildung vorsieht. Um diesen Vorschlag wählbar zu machen, ist eine Änderung der Satzung notwendig.

Die Antragsteller wollen diese Entscheidung auf eine möglichst breite Basis stellen. Daher legen sie ihren Antrag allen Mitgliedern der Partei zum Mitgliederentscheid vor.

Wir schlagen vor, die mindestquotierte Doppelspitze dauerhaft in der Satzung zu verankern. Außerdem soll dem Parteitag die Möglichkeit gegeben werden, für die nächsten 2 Jahre zwei BundesgeschäftsführerInnen zu wählen und diese Möglichkeit durch einfache Mehrheit für maximal weitere 2 Jahre zu verlängern. Ferner soll der Parteitag beauftragt werden, 2 Parteibildungsbeauftragte für die kommende Amtsperiode zu wählen. Schließlich beinhaltet der Vorschlag den Auftrag an den in Rostock zu wählenden Parteivorstand, bis zum Ende des Jahres 2011 eine Urabstimmung über ein durch eine Tagung des Bundesparteitags beschlossenes Parteiprogramm herbeizuführen.

Den Mitgliedern wird folgender Antrag zur Entscheidung vorgelegt:

Erstens:

§ 19 (Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstands) wird in Abs. 1 S. 2 a) wie folgt geändert: „zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung.“

In § 38 (Übergangsbestimmungen) wird ein Abs. 10 wie folgt eingefügt: „Bis zur Wahl des Parteivorstandes im Jahr 2012 werden zwei Bundesgeschäftsführer/innen unter Berücksichtigung der Mindestquotierung gewählt. Der Parteitag kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass diese Übergangsregelung für weitere zwei Jahre verlängert wird.“

Der Rostocker Parteitag wird beauftragt, zwei Parteibildungsbeauftragte unter Berücksichtigung der Mindestquotierung in den im Jahr 2010 zu bildenden Parteivorstand zu wählen.

Zweitens:

Der vom Rostocker Parteitag zu wählende Parteivorstand wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2011 eine Urabstimmung über ein vom Parteitag beschlossenes Parteiprogramm herbeizuführen.

Mitgliederentscheid gewährleistet breite Unterstützung für zukünftigen Parteivorstand - Kein Votum gegen Löttsch und Ernst

Acht Landesverbände der Partei DIE LINKE aus Ost und West haben gemeinsamen einen Antrag auf einen Mitgliederentscheid zu Fragen der Doppelspitze im Parteivorstand sowie der Geschäftsführung und zum zukünftigen Parteiprogramm eingereicht. Der Mitgliederentscheid soll noch vor dem Rostocker Bundesparteitag im Mai 2010 stattfinden.

Bodo Ramelow, Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE, begrüßt den Antrag: „Das ist ein guter Schritt, um diese wichtige Personalentscheidung auf eine breite Basis zu stellen. Es ist notwen-

dig, dass unsere gesamte Partei in Ost und West das Personal und die zukünftige Struktur unserer Partei stützt und aktiv in die Entscheidung einbezogen wird.“

Ramelow erklärt: „Der Antrag für den Mitgliederentscheid ist keine Entscheidung gegen die designierten Vorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst. Beide waren eng in die Diskussion mit einbezogen und unterstützen den Vorschlag. Der Antrag ist vielmehr ein Votum für das vorgeschlagene Personaltableau und die zukünftige Struktur unserer Partei.“

Ramelow rechnet damit, dass weitere

Landesverbände ihre Unterstützung zu dem Antrag erklären werden. Ramelow: „Die Diskussion und der Antrag wirken mobilisierend für die Entscheidungen auf dem Bundesparteitag. Mit dem Antrag wird sich die Partei in Gänze in den wichtigen Entscheidungsprozess auf dem Parteitag einbringen.“

Ein Mitgliederentscheid ist für DIE LINKE organisatorisch kurzfristig durchführbar. Eine unnötige Verzögerung der Entscheidung über die Doppelspitze ist also nicht zu befürchten.

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.04. 2010. Auch im Netz unter: <http://www.die-linke-ilmkreis.de>

8. März – Internationaler Frauentag:

Nicht Ruhe geben – Krach schlagen!

133 Tage schwarz-gelbe CDU/CSU/FDP-Regierung verschärfen die soziale Lage großer Teile der Frauen, der Alleinerziehenden, der Rentnerinnen, Migrantinnen, Studentinnen. Diese Regierung verabschiedet sich endgültig vom bisherigen Sozialstaatsmodell.

Es ist ungerecht, wenn

- Unternehmen, Reiche und besser Verdienende zig Millionen Euro Steuergeschenke erhalten und Millionen Frauen und Männer erwerbslos sind;
- Frauen im Durchschnitt ein Drittel weniger verdienen als Männer;
- Frauen über „Bedarfsgemeinschaften“ beim ALG II in Abhängigkeit vom „Ernährer“ gehalten werden;
- die erdrückende Mehrheit in Minijobs und Teilzeit Frauen sind. Ihr Lohn reicht nicht zum Leben, ihre Altersarmut ist vorprogrammiert;
- durch ein „Betreuungsgeld“ Kindern aus einkommensschwachen Familien eine gute Bildung, Erziehung und Betreuung verwehrt wird und ihre Mütter mit dieser „Herdprämie“ von der Erwerbstätigkeit abgehalten werden.

Gerecht ist

- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, typische Frauenberufe müssen gleich gut bezahlt werden wie typische Männerberufe (z.B. Erzieherin und Techniker, Friseurin und Kfz-Mechaniker);
- stärkere Berücksichtigung von Kindererziehung und Pflege für die Rente;
- als erster Schritt zu einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Grundsicherung: sofortige Anhebung von ALG

II auf 500 Euro;
 - statt 1-Euro-Jobs: Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor zu Tariflöhnen;
 - gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde;
 - eine drastische Arbeitszeitverkürzung, damit alle wieder Zeit haben für Arbeit UND Familie/Freundschaften UND Muße UND Ehrenamt/Politik.

Das will DIE LINKE. Sie macht sich stark für Geschlechtergerechtigkeit, überall.

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

Unter den Armen, Erwerbslosen, Alleinerziehenden sind Frauen die Mehrheit, zu sagen und zu entscheiden haben sie dagegen wenig. Das dulden wir nicht. Die am besten ausgebildete und am meisten emanzipierte Frauengeneration in der deutschen Geschichte meldet ihren Anspruch auf Gestaltung einer humanen Gesellschaft an.

Frauen, Männer und Kinder haben gleiche Rechte auf ein Leben in Würde. Diese Rechte haben sie als Menschen, sie dürfen ihnen nicht nach Haushaltslage oder sozialem Status zugeteilt, eingeschränkt oder genommen werden.

Nicht Ruhe geben – Krach schlagen!

Den 133 Tagen schwarz-gelber CDU/CSU/FDP-Regierung der sozialen Kälte setzen wir unseren Widerstand und unsere Alternativen entgegen. Nicht einsam, sondern gemeinsam! Mach mit bei LISA, der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft der LIN-

KEN oder bei LILO, dem linken Frauennetzwerk in Thüringen.

LISA und LILO sind die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der LINKEN. Sie haben eine autonome Frauenstruktur. Gemeinsam entwickeln wir unsere politischen Ideen und setzen sie um. Zu uns können alle Frauen kommen, die sich links und feministisch engagieren wollen. Bei LISA und LILO sind junge und alte Frauen, Erwerbslose, Berufstätige, Hausfrauen, Auszubildende und Rentnerinnen, Deutsche und Migrantinnen, Arbeiterinnen und Intellektuelle, viele aus langjährigen Frauenzusammenhängen.

In den feministischen Frauenarbeitsgemeinschaften haben alle Frauen gleiche Rechte. Voraussetzung ist nicht die Parteimitgliedschaft, denn wir wollen offen sein für Frauen auch außerhalb der Partei.

Kontakte:

feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE, LISA, Bundesgeschäftsstelle der LINKEN Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

LISA: auch in el-fem, Frauennetzwerk der Europäischen Linkspartei, www.european-left.org www.lisa-frauen.de

Linkes Frauennetzwerk Thüringen Ansprechpartnerinnen:

Christine Dommer und Petra Hauthal, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, E-Mail: [kuschel.wkb\[at\]web.de](mailto:kuschel.wkb[at]web.de) www.die-linke-thueringen.de

Gelungene Frauentagsveranstaltung

Als rund herum gelungen bezeichneten die knapp 50 TeilnehmerInnen die diesjährige Frauentagsveranstaltung der Linken am 7. März im Elgersburger „Hotel am Wald“.

Eingeladen vom Kreisvorstand, gesponsert von den Landtagsabgeordneten Sabine Berninger und Petra Enders erlebten die Gäste einen wunderschönen Nachmittag. Kaffee und Kuchen gehören nun mal dazu, wenn man zu so einem Anlass

zusammenkommt. Aber auch kritische Anmerkungen und Texte, wie sie Petra und Sabine beisteuerten oder die Erinnerung von Eckhard Bauerschmidt an das Jahr 1990, als die erste Frauentagsfeier nach der Wende unter schwierigen Bedingungen in der Ilmenauer „Alten Försterei“ statt gefunden hat.

Johanna Sehnke aus Langewiesen hatte die ihr 1977 von Willi Stoph (Ministerpräsident der DDR) verliehene

Klara - Zetkin - Medaille dabei.

Höhepunkt war zweifelsohne das Programm des Kabarettisten Hans - Peter Körner. Literarisches Kabarett zum Frauentag, sehr heiter, unterhaltend und trotzdem auf hohem künstlerischen Niveau. Eine Huldigung: Wie reizend sind die Frauen ...

Eckhard Bauerschmidt

Keine Verringerung der Solarförderung

Offener Brief an die Bundeskanzlerin, die Thüringer Ministerpräsidentin und den Bundesumweltminister bezüglich der Beibehaltung der Einspeisevergütungen für Solarstrom

Der Stadtrat der Stadt Arnstadt sprach sich in seiner Sitzung am 18. Februar einmütig und entschieden gegen die von der Bundesregierung geplante über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hinausgehende Reduzierung der Einspeisevergütungen für Solarstrom aus und beauftragte die in Arnstadt und Umgebung ansässigen Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie des Thüringer Landtages damit, sich bei Bundes- und Landesregierung für die Thüringer, und insbesondere die Arnstädter, Solarindustrie stark zu machen sowie sich gegen die geplante Verringerung der Förderung einzusetzen.

Dieser Bitte kommen wir sehr gerne nach, entspricht das Anliegen doch auch unserer persönlichen Auffassung. Das Vorhaben der Bundesregierung gefährdet einerseits den notwendigen ökologischen Wandel in der Energieerzeugung und andererseits eine für Thüringen und insbesondere für die Stadt Arnstadt beschäftigungsintensive und zukunftsorientierte Wirtschaftsbranche.

Die Erfüllung der Klimaschutzziele und auch die damit verbundene Notwendigkeit der kompletten Umsteuerung im Energiesektor (mit den Faktoren Ausstieg aus der Atomenergie und Hinwendung zu einer dezentralen Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung) erfordern gegenwärtig unbedingt noch, die im EEG ohnehin vorgesehene degressive Förderung der alternativen Energien beizubehalten. Sollten die Vorstellungen der Bundesregierung, die degressiven Sätze in den Einspeisevergütungen für Solarstrom stärker zu senken als bisher im Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG vorgesehen, tatsächlich umgesetzt werden, würde ein wichtiges Standbein der Thüringer Wirtschaft und auch der Arnstädter Wirtschaftsregion beschädigt, bereits vorhandene Arbeitsplätze, geplante Investitionen sowie ein radikaler Wechsel hin zu einer dezentralen Energieerzeugung, -verteilung und -nutzung wären ernsthaft gefährdet.

Gerade solche Wirtschaftsbereiche, die auf neuen Technologien aufbauen, brauchen Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit durch die Politik. Dieser Grundsatz würde durch die Umsetzung der Vorstellungen der Bundesregierung nunmehr in Frage gestellt. Damit hätte die anstehende Entscheidung des Bundes eine Bedeutung, die

weit über die Solarwirtschaft hinausgeht.

Im Auftrag der Arnstädter Stadträtinnen und Stadträte fordern wir Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Sie, sehr geehrter Herr Bundesumweltminister Röttgen, und Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht, dazu auf, diese Pläne der Bundesregierung zu berichtigen bzw. ihren Einfluss auf die Bundesregierung in diesem Sinne geltend zu machen und die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für die Einspeisung von Solarstrom in der Bundesrepublik beizubehalten.

Nutzen Sie Ihren politischen Einfluss im Sinne nicht nur der Beschäftigten der Thüringer Solarbranche und damit im Interesse des Freistaates Thüringen, sondern im Sinne einer ökologisch sinnvollen und zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik.

*Jens Petermann,
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frank Kuschel,
Mitglied des Thüringer Landtages
Sabine Berninger,
Mitglied des Thüringer Landtages*

Arnstadt, den 26. Februar 2010

Schulterschluss der Ministerpräsidenten Ostdeutschlands gegen Solarkürzung gefordert

Anlässlich des Treffens der Ministerpräsidenten Ostdeutschlands hatte die energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders, die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht aufgefordert, den Schulterschluss mit ihren Amtskollegen zu suchen und die von der Bundesregierung beschlossene Kappung der Einspeisevergütung für Solarstrom abzulehnen. „Bundestag und Bundesrat haben es nun in der Hand, diesen wirtschafts- und klimaschutzfeindlicher Akt abzuwenden“, sagte die Energiepolitikerin und betonte: „Ich hätte mir

gewünscht, dass die Bundesregierung auch nur ansatzweise mit der gleichen Rigorosität gegen die Subventionsmentalität der Atomlobby der Energiekonzerne vorgegangen wäre. Es ist einfach unverschämt, dass bei dieser Entscheidung nicht einmal das Kompromissangebot der Solarbranche, was auf eine Kürzung von neun Prozent für Dach- wie Freiflächenanlagen abzielt, berücksichtigt worden ist.“

Petra Enders forderte zudem die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten auf, sich dem Brief des Bundestagsabgeordneten Ralph Lenkert (DIE LINKE) anzuschließen und geschlossen gegen die Pläne zu votieren.

DIE LINKE im Thüringer Landtag behält es sich zudem vor, ihren bereits im Landtag gestellten Antrag auf eine Bundesratsinitiative im nächsten Plenum zu erneuern. Die LINKE-Abgeordnete fordert die Thüringer Regierung darin auf, sich im Sinne des vom Landtag beschlossenen Erhalts der bestehenden Regeln zur Solarförderung im Bundesrat zu verhalten.

Jugendinitiative Ilm-Kreis

Seit dem 13.12.2010 existiert eine Jugendinitiative im Ilm-Kreis. Diese wurde durch Kay Wipprecht gegründet.

Woher kam die Idee zu solch einer Jugendinitiative?

Diese Frage kann man leicht beantworten. Kay Wipprecht ist Schülersprecher in der Regelschule Gräfenroda. Er vertritt die Regelschule bei Veranstaltungen und die Schüler unterstützt er bei Problemen und Wettkämpfen. Seit 2 Jahren ist er nun Schülersprecher, so konnte er auch immer nach Königsee fahren zu den Schülersprecherversammlungen des Ilm – Kreises. Kay lernte dort ein Menge Möglichkeiten kennen, wie er noch mehr positiven Einfluss in der Schule und in seinem Ort, Gräfenroda, bekommen kann.

Aus dem Sozialkundeunterricht kam

ihm die Idee, eine Jugendinitiative zu gründen. Im Unterricht wurde gerade das Thema „Menschenrechtsverletzung“ durchgenommen. Er setzte sich mit Alexander Storm zusammen und fertigte Projektvorschläge an, die dann an den Förderverband „Jugend für Europa“ weitergegeben werden.

Folgende Projekte sind bei diesem Zusammentreffen entstanden: Sie wollen ein Jugendsozialnetz aufbauen. Es soll bei diesem Projekt Jugendlichen geholfen werden, die in sozial-schwachen Familien leben. Das Motto soll lauten „Jugendliche helfen Jugendlichen“. Man möchte auch die NS-Zeit den Jugendlichen näher bringen und somit gegen Rassismus kämpfen. Dies ist ein weiteres Projekt, was die 2 Jugendlichen verwirklichen wollen.

Die Jugendinitiative Ilm-Kreis lehnt sich an Solid und an der Partei DIE LINKE an. Ziel ist es, so viele Jugendliche wie möglich in diese Initiative zu bekommen, um ein Jugendsozialnetz entstehen zu lassen. Auch soll mit der Initiative, die Politik den Teenagern näher gebracht werden.

Den Kontakt zu Solid und der Partei DIE LINKE wird Alexander Storm aufbauen. Kay Wipprecht koordiniert die Projekte und ist für die Mitglieder der Initiative verantwortlich.

Der Traum der beiden Jugendlichen ist es, dass sich mehr Jugendliche für die Politik interessieren, und in die Partei DIE LINKE eintreten.

*Kay Wipprecht
Alexander Storm*

Arnstädter Verein Selbstbestimmt Leben e. V. organisiert Computerclub

Seit Mitte Februar – immer Mittwochs – gibt es im Verein Selbstbestimmt Leben in Arnstadt, in dem sich Menschen mit Behinderungen organisiert haben, viel zu lernen.

Unsere Mitglieder werden mit Unterstützung, von unserem Vereinsmitglied und Chefin von train-org, Kersten Klementa, bald selbst ihre Briefe mit Hilfe moderner Technik schreiben können. In unserem fast barrierefreien Vereinräumen haben wir die Möglichkeit, zu lernen und zu arbeiten. Hier wird auf die spezifischen motorischen und optischen Fähigkeiten der Teilnehmer und Teilnehmerinnen eingegangen.

Unser Ziel ist es, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und unsere Fotodokumentation „Barriere freies Arnstadt“ fertig stellen.

Später werden die heimischen Computer auf die individuellen Anwendererfordernisse eingestellt. Somit wird die Teilnahme an der Welt des Internets möglich. Wir freuen uns auf die Kommunikation ohne Barrieren. Das nächste Treffen ist heiß erwartet in unserem Computer-Club.

Thomas Brückner



Die Mitglieder des Computerclubs in den Räumen des Vereines. Interessierte Menschen können sich bei Genossen Thomas Brückner melden.

Vor neunzig Jahren – März 1920

Am 14. März gehen wir wieder an ihre Gräber

In der „Chronik von Arnstadt – Zeittafel“ lesen wir auf der Seite 113:

„1920.15. März: Generalstreik gegen die Militärdiktatur von Kapp und Lüttwitz.“

22. März: Vollversammlung der Betriebsräte beschließt Abbruch des Generalstreiks.

27.- 29. März: Reichswehr in Arnstadt.“

Was verbirgt sich hinter diesen Daten: Ein Jahr nach der Ermordung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und hunderter weiterer Revolutionäre hielten die Herren von Kohle und Stahl die Zeit für gekommen, mit den ohnehin begrenzten Ergebnissen der Novemberrevolution von 1918 Schluss zu machen. Hugo Stinnes schrieb an den Minister Geßler (Deutsche Demokratische Partei): „Es ist das Zeichen einer wahren Demokratie, dass sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet.“

Der Generaldirektor Wolfgang Kapp wurde von General Ludendorff und Konsorten ausersehen, dem Beispiel des soeben in Ungarn zum „Reichsverweser“ gekürten Miklós Horthy zu folgen und an der Spitze einer unverhüllten Säbeldiktatur von Großkapital, Junkern und Generälen die Geschichte zurückzudrehen. Mit dem Hakenkreuz als Symbol „völkischer Gesinnung“ am Helm gingen Freikorps, Teile der Reichswehr und reaktionäre Bürgersoldaten daran, die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung zu beiseitigen.

Am 13. März beginnt die Revolte in Berlin, Ostpreußen und anderen Reichsteilen. Kapp und General von Lüttwitz erklären die Reichsregierung für abgesetzt. Diese flüchtet über Dresden nach Stuttgart. SPD, Gewerkschaften und die – zu jener Zeit durch Auseinandersetzungen mit linksradikalen Abenteurern geschwächte – KPD rufen zum Generalstreik auf. So auch in Arnstadt, wie die Chronik es ausweist.

Das Echo ist gewaltig. Zwölf Millionen Streikender treten den Faschisten entgegen. Arbeiter an Rhein und Ruhr,

in Mitteldeutschland und in anderen Landesteilen greifen zu den Waffen. Angesichts dessen halten es nun viele Staatsdiener und selbst Teile des Monopolkapitals, vor allem aus der Chemie- und Elektroindustrie, für geboten, sich bedeckt zu halten. Am 17. März bricht der Putsch in sich zusammen. Die Arnstädter Vollversammlung der Betriebsräte beschließt am 22. März den Abbruch des Generalstreiks.

Was geschieht: Kapp und einige seiner



Walter Gropius schuf in Erinnerung an die Gefallenen und den Kampf gegen die Feinde der noch jungen Weimarer Republik sein Denkmal "Blitz", das am 1. Mai 1922 unter großer Anteilnahme eingeweiht wurde. Geschändet und gesprengt wurde es nach der Machtergreifung der Nazis 1933. Im Jahr 1946 auf Befehl der Sowjetischen Militär-Administration nach alten Unterlagen wieder errichtet.

Kumpane flüchten ins Ausland. Sie alle, mit Ausnahme des Herrn von Jagow, der – 1921 zu fünfjähriger Festungshaft verurteilt – vorzeitig begnadigt wurde, sind in der Weimarer Republik niemals zur Rechenschaft gezogen worden. Man brauchte sie noch. Es beginnt ein Mordfeldzug in allen Teilen des Landes, vor allem jedoch gegen die Rote Ruhrarmee, der sich 100.000 Arbeiter angeschlossen hatten. Diese Einheitsfront der Arbeiterklasse zur „Rettung der Weimarer Republik“ beendete zugleich die revolutionäre Nachkriegskrise. Thüringen war eines der Zentren, in denen sich die geeinte Arbeiterklasse zur Wehr setzte.

Ein Gothaer Mitteilungsblatt veröf-

fentlicht am 22. März die Namen 72 gefallener Arbeiter. Sie kamen aus Gotha, Siebleben, Zella-Mehlis, Albrechts, Remstädt, Frankenhain, Gräfenroda, Catterfeld, Üelleben, Crawinkel, Eschenbergen, Arnstadt, Ilmenau, Erfurt, Mühlhausen, Halle und Tüttleben. – aus 17 Orten und Städten. Von sechs Gefallenen sind die Namen nicht feststellbar. Und wer von den 50 Verwundeten überlebte noch?

Keiner von ihnen wird auch nach 90 Jahren vergessen! Auch keiner von den 30 auf der Fliegerwerft in Gotha in einen Hinterhalt Gelockten, vom Militär meuchlings Erschossenen oder mit Beilen Erschlagenen.

Am 14. März gehen wir wieder an ihre Gräber u.a. auf den Friedhöfen in Arnstadt, Gräfenroda und Frankenhain. Wir werden auch nach 90 Jahren an ihre Kämpfe zur Rettung von Demokratie und des gerade in Weimar gegründeten Staates Weimarer Republik erinnern. Ihre Namen dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Wir leben nicht im Jahr 1920. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Jedoch der Kampf um die Erhaltung von Demokratie in unserer Zeit, am Beginn des 21. Jahrhunderts ist aktueller den je. Wieder ziehen alte und junge Nazis, wieder mit Duldung des Rechtsstaates, durch unsere Straßen. Wieder werden sie beschützt von der Polizei des demokratischen „Rechtsstaates“.

Dass auch heute einheitliches Handeln gegen die braune Pest nicht vergeblich ist, beweisen die Ereignisse vom 13. Februar 2010 in Dresden. Sie kamen nicht durch.

Jedoch, wie vor 90 Jahren, sollen diejenigen, die die Faschisten aufgehalten haben, von der Justiz der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2010 vor Gericht gezerrt werden.

Wie mahnte doch Julius Fucik: „Menschen ich hatte Euch lieb, seid wachsam“.

Jochen Traut

Aufruf zum Thüringer Ostermarsch 2010

Auch in Thüringen wollen wir darauf aufmerksam machen, dass die beabsichtigte Ausweitung des Kriegsgeschehens in Afghanistan und der deutschen Beteiligung besonders die Aufstockung der Kontingente durch den Deutschen Bundestag nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Unter der Überschrift

65 Jahre gegen Atomwaffen und Kriege – wir demonstrieren weiter

rufen wir alle, die die Friedensbewegung unterstützen wollen auf, mit uns zu demonstrieren

- Für die Abschaffung von Atomwaffen
 - Für eine Zukunft in Frieden in Afghanistan
 - Für sinnvolle Arbeitsplätze und soziale Sicherheit statt Militär- und Rüstungsproduktion
- Für eine andere Welt, die nur mit einer konsequenten Friedenspolitik möglich ist.

Wir fordern:

- Bundeswehr raus aus Afghanistan
- Abzug der Atomwaffen aus Deutschland
- Arbeitsplätze und Sozialausgaben statt Aufrüstung
- Schluss mit dem Waffenhandel

Schließung des Truppenübungsplatzes in Ohrdruf und eine zivile Nachnutzung des Geländes

Treffen wir uns am Samstag, dem 03. April 2010 11.00 Uhr in Ohrdruf am Bahnhof zu unserem traditionellen Ostermarsch!

Ablauf:

Treffpunkt Bahnhof
Marsch zum Gelände des Truppenübungsplatzes mit Stationen und Redebeiträgen an den Gedenksteinen des ehem. KZ Buchenwald/ Dora
Abschlusskundgebung

RednerInnen:

Renate Licht (DGB- Vorsitzende)
Willy van Oyen (Friedenaktivist und Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE in Hessen)
Martina Renner (stell. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE in Thüringen)
Madeleine Henfling (Landessprecherin Bündnis 90/ Die Grünen)



DIE LINKE setzt sich für Senkung der Kreisumlage ein

Die Linke wird sich für eine Senkung der Kreisumlage stark machen. Das ist das Ergebnis einer kürzlich stattgefundenen Fraktionsberatung.

Wie Fraktionsvorsitzender Eckhard Bauerschmidt mitteilt, erwartet der Kreis einen Haushaltsüberschuss aus dem Jahr 2009 in Höhe von rund 3,5 Mio. Euro. Das meiste davon kann den Städten und Gemeinden über eine Senkung der Kreisumlage zurückge-

geben werden. Damit würde die katastrophale Finanzausstattung der Kommunen durch das Land zumindest teilweise gemildert werden. Bei einer Senkung der Kreisumlage um 3 Mio. Euro wären das etwa 25 Euro pro Einwohner, mit denen die Städte und Gemeinden im Landkreis rechnen könnten.

Bauerschmidt geht davon aus, dass sich die anderen Fraktionen diesem

Vorschlag anschließen. Es ist Eile geboten. Um die Senkung der Kreisumlage für 2010 noch wirksam werden zu lassen, muss die Entscheidung dazu im 1. Halbjahr fallen.

Die Grundsatzentscheidung dazu spätestens zur nächsten Kreistagsitzung am 17. März.

E.B.

Straßenbaumaßnahme für die Gemeinde und die Bürger nicht finanzierbar

Die Kosten für den Gehwegbau und die Straßenbeleuchtung im Zusammenhang mit der beabsichtigten Sanierung der Ortsdurchfahrt sind weder für die Gemeinde, noch für die Bürger finanzierbar. Aus diesem Grund hat die Fraktion „Unabhängige Wählervereinigung für Liebenstein/DIE LINKE“ den Haushaltsentwurf für 2010, der durch die Verwaltungsgemeinschaft erarbeitet wurde, abgelehnt.

Die Gemeinde ist auf Grund der Politik des alten Gemeinderates, der CDU-dominiert war, und des Bürgermeisters am Rand des finanziellen Ruins. Für 2009 wurde bereits eine Haushaltssperre verhängt. Ohne Kassenkredite kann die Gemeinde nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben finanzieren. Die Gemeinde hat keine Rücklagen mehr, und kommunales Eigentum wie der ehemalige Kindergarten wurde unter Wert veräußert. Die Steuereinnahmen der Gemeinde sind weit unter Durchschnitt, während die Verschuldung durch den Straßenbau auf Rekordniveau in die Höhe getrieben werden soll. Die Steuereinnahmen reichen nicht einmal mehr aus, um die Kreis- und Verwaltungsgemeinschaftsumlage zu bezahlen. Die Tilgung für die bereits bestehenden Kredite kann nicht mehr aus laufenden Einnahmen erwirtschaftet werden.

Mit Unterstützung des Landtagsabgeordneten der LINKEN Frank Kuschel hat sich die Fraktion intensiv mit der

Finanzsituation der Gemeinde auseinandergesetzt. Dabei wurde deutlich, dass Liebenstein nicht mehr aus eigener Kraft in der Lage sein wird, einen geordneten Haushalt aufzustellen. Bereits vor Jahren hätte der Gemeinderat Anstrengungen unternehmen müssen, um durch den Zusammenschluss mit benachbarten Gemeinden eine leistungsfähigere Gemeindestruktur zu schaffen.

Der Haushaltsentwurf 2010 für Liebenstein wurde durch die Verwaltungsgemeinschaft so erstellt, dass er unter keinen Umständen durch das Landratsamt genehmigt werden kann. Nicht eine Bedingung für die Genehmigung der geplanten Neuverschuldung von 440.000 Euro ist gegenwärtig erfüllt. Und auch für die nächsten Jahre ist keine Besserung in Sicht. Es ist empörend und verantwortungslos, dass der VG-Vorsitzende dem Gemeinderat einen derartigen Haushaltsentwurf zur Beschlussfassung vorgelegt hat. Die Bürger sollen zudem in unzumutbarer Weise für den Straßenbau zur Kasse gebeten werden. Über 200.000 Euro Straßenausbaubeiträge sind geplant.

Ein solcher Haushalt kann nicht die Zustimmung der Fraktion Unabhängige Wählergemeinschaft für Liebenstein/DIE LINKE finden. Die Fraktion erwartet vom VG-Vorsitzenden die Vorlage eines neuen Haushaltsentwurfs. Die Ankündigung von Herrn Fleischhauer, keinen veränderten

Haushaltsentwurf vorzulegen, kommt einer Arbeitsverweigerung gleich. Herr Fleischhauer sollte sich bewusst sein, die VG ist für die Gemeinden und die Bürger da und nicht umgekehrt. Sollte sich Herr Fleischhauer außer Stande sehen, seine Aufgaben zu erfüllen, muss er konsequenter Weise von seinem Amt zurücktreten.

Liebenstein kann eine Investition von über 600.000 Euro nur dann finanzieren, wenn vorher ein Zusammenschluss mit anderen Gemeinden erfolgt. In dieser Hinsicht ist die Fraktion sofort nach der Kommunalwahl aktiv geworden. Die Umsetzung des diesbezüglichen Gemeinderatsbeschlusses erfolgte durch den Bürgermeister und VG-Vorsitzenden bisher nur halbherzig.

Nach Ansicht der Fraktion kann das Land Thüringen die Straßenbaumaßnahme auch ohne unmittelbare Beteiligung der Gemeinde beginnen und verwirklichen. Die vorhandenen Gehwege und die Straßenbeleuchtung können dabei zunächst nur instand gesetzt und zu einem späteren Zeitpunkt grundhaft saniert werden. Alles andere wäre aus Sicht der Gemeinde und der Bürger verantwortungslos.

Fraktion Unabhängige Wählervereinigung Liebenstein/DIE LINKE

*Albrecht Dürer
 (Fraktionsvorsitzender)*

Erklärung des Stadtverbandes sowie der Fraktion im Stadtrat der Stadt Arnstadt der Partei DIE LINKE.

Bislang wies Bürgermeister Köllmer den Vorwurf der Rechtslastigkeit immer als unterstellend zurück, nun bekennt er sich selbst als am rechten Rand des politischen Spektrums stehend.

Mit dem von ihm unterschriebenen Brief vom 30. Januar an Thilo Sarrazin setzt er die Arnstädter Wählervereinigung „Pro Arnstadt“ mit der zuletzt im vergangenen Jahr durch das Oberverwaltungsgericht Münster zur rechtsextremistischen Organisation erklärten Gruppierung „Pro Köln“ auf eine Stufe.

Mit seiner Unterschrift neben früheren und heutigen rechtsextremen Funktionären verschiedenster rechtsextremer Organisationen stellt er sich auf die Seite derer, die auf der Grundlage des Grundgesetzes durch Gerichte und staatliche Behörden als gegen die freiheitlich-demokratisch Grundordnung gerichtet eingeordnet werden. Wenn Köllmer zudem versucht, sein politisches Engagement für Pro Deutschland mit dem Verweis zu legitimieren, dass die Ausgrenzung der extremen Rechten in einer Demokratie vergleichbar sei mit dem industriellen Massenmord an Millionen von Juden während des deutschen Nationalsozialismus, offenbart Köll-

mer den Verlust jedweden politischen und moralischen Anstands.

Köllmer missbraucht das Amt eines Bürgermeisters für die Etablierung einer un-demokratischen und inhumanen Ideologie und etabliert die extreme Rechte.

Dieser Bürgermeister ist eine Zumutung für Menschen, die sich zur Demokratie und Weltoffenheit bekennen.

Die Mitglieder, Unterstützer und Förderer von Pro Arnstadt müssen die Frage beantworten, ob sie dieser Verortung der Wählervereinigung an den rechten Rand des politischen Koordinatensystems mittragen und sich hinter die Kumpanei von Köllmer mit Rechtsextremen stellen. Wenn nicht, sind sie aufgefordert, sich öffentlich und deutlich von Köllmer zu distanzieren.

Hinsichtlich des von Köllmer begleiteten Amtes müssen wir anerkennen, dass es das Ergebnis einer Wahl ist. Wir fordern Herrn Köllmer aber auf, den Anstand zu besitzen, zurückzutreten und sich den Wählerinnen und Wähler umgehend erneut zur Wahl zu stellen. Für uns ist es unvorstellbar, dass in Arnstadt eine Mehr-

heit erhält, wer sich so offenkundig und bekennd im braunen Sumpf tummelt.

Angesichts Köllmers Koalition mit der Vereinigung, über die das OVG Münster ausführt, es ist „aus Verlautbarungen und Aktivitäten des Klägers bzw. seiner Funktionäre sowie aus den dargelegten Beziehungen zu (anderen) rechtsextremen Organisationen rechtsfehlerfrei auf den Verdacht einer gegen die Menschenwürde verstoßenden ausländerfeindlichen Ausrichtung und auch im Übrigen verfassungswidriger Bestrebungen des Klägers“ zu schließen, ist mehr als fraglich, ob sein Agieren als Bürgermeister überhaupt noch in Übereinstimmung mit seinen Amtspflichten zu bringen ist.

DIE LINKE wird sich mit einem Offenen Brief an die Mitglieder der Wählervereinigung Pro Arnstadt wenden und außerdem Köllmers Agieren in der Braunzone im Stadtrat thematisieren.

Arnstadt, 08.03.2010

*Sabine Berninger
Steffen Dittes*

Renner: Arnstadts Bürgermeister als Türöffner für rechtsextreme Ideologien

Nach dem unsäglichen Relativieren seines Engagements im graubraunen Spektrum durch den Arnstädter Bürgermeister, Hans-Christian Köllmer, sei ihm Naivität nicht mehr zu unterstellen, so Martina Renner, Innenpolitikerin der Landtagsfraktion DIE LINKE. Sie nimmt Bezug auf Aussagen des Bürgermeisters, wonach die Ausgrenzung der Rechten heute vergleichbar mit der Ausgrenzung der Juden sei. Renner: „Mit der Menschen entwürdigenden Verharmlosung des Holocaust als ‚Ausgrenzung‘ hat Köllmer den Boden des Erträglichen nun endgültig verlassen.“

gegen aufmarschierende Rechtsextremisten in Arnstadt. „Köllmer fungiert als Türöffner für rechtsextreme Ideologien. Der Bürgermeister missbraucht das demokratische Amt, um Antidemokraten den Einfall in die



weist auf den rechtsextremen Reigen derer, mit denen Köllmer gemeinsam rassistische Stammtisch-Rhetorik von Thilo Sarrazin unterstützt, dem selbst der Ausschluss aus der SPD droht. „In der Vita der Mitunterzeichner findet sich so ziemlich alles aus dem rechtsextremen Spektrum: NPD, Republikaner, Deutsche Liga für Volk und Heimat und nun reiht sich Arnstadts Bürgermeister Köllmer ein.“

Köllmers Parolen gegen „gleichgeschaltete Gutmenschenparteien“ und gegen eine „linke Presse“ offenbaren seine Parteinahme für die extreme Rechte.

„Dieser Bürgermeister bietet nicht die Gewähr für eine an den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft orientierten Amtsausführung. Die ihn noch unterstützenden Gruppierungen in Arnstadt sollten nun endlich Konsequenzen ziehen“, Renner abschließend.

Die Innenpolitikerin der LINKEN verweist auf die lange Kette von Köllmers Sympathie-Bekundungen am rechten Rand, so u. a. auch für die rechtsextreme FPÖ und die Missachtung von demokratischem Protest

Gesellschaft zu ermöglichen, während allerorten dem Rechtsextremismus der Kampf angesagt wird“, so Martina Renner.

Die Rechtsextremismus-Expertin ver-

Zum 13. Februar in Dresden

Es ist nach 1990 zu einer Art Ritual geworden, denn das Ergebnis ist Jahr für Jahr das gleiche: Nazis melden Kundgebungen an, mit denen sie die Opfer der apokalyptischen Bombennächte vom 13. und 14. Februar 1945 für ihre Zwecke missbrauchen wollen, wobei sie Ursache und Wirkung ganz bewusst miteinander verwechseln. Die Stadt Dresden wehrt sich zu Recht, erlässt ein Verbot, die Anmelder ziehen vor Gericht und bekommen recht – aus rein formalen Gründen. Bei den Gedenk- und Protestveranstaltungen sind dann regelmäßig Politiker dabei, deren Parteien seit Jahren die Aufrechterhaltung des KPD-Verbotes mit mindestens der gleichen Entschiedenheit befürworten wie sie ein Verbot der NPD ablehnen. Wer auch immer von ihnen das Wort ergreift, vermeidet tunlichst die wichtigste Schlussfolgerung, die im angeblichen „Unrechtsstaat“ DDR eine Selbstverständlichkeit war: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! So werden Gedenkveranstaltungen am Ende zu bloßen Betroffenheitsritualen herabgewürdigt. Mit ebenso auffälliger Regelmäßigkeit sind Gruppen von Jugendlichen vor Ort, die ganz offensichtlich statt notwendiger geistiger die körperliche Auseinandersetzung bevorzugen, wobei außer Angriffen

auf Nazis auch solche auf die Polizei erfolgen und „nebenbei“ zudem noch Mülltonnen und Pkw in Brand gesetzt werden. Diese Leute erhalten dann flugs das Etikett „linksextremistisch“ und beim Wortteil „links“ denkt der politisch recht unbedarfte „Otto Normalverbraucher“ dann ganz schnell an „DIE LINKE“. Der zweite Teil „extremistisch“ führt ebenso schnell zu der Schlussfolgerung, dass von solcherart „Extremisten“ nichts anderes droht als Chaos, Anarchie und Gewalt. Und wenn von „Rechts- und Linksextremisten“ die Rede ist, dann ist das staatsoffiziell erwünschte Gleichheitszeichen schon da und die ebenfalls erwünschte Schlussfolgerung, dass man „DIE LINKE“ doch gar nicht wählen könne, ebenfalls nicht mehr weit. Die Tatsache, dass als „Linksextremisten“ etikettierte Gewalttäter und die Partei „DIE LINKE“ überhaupt nichts miteinander zu tun haben, bleibt da im Bewusstsein gleich außen vor. So steht die Frage, sind das wirklich Leute, die sich für Linke halten? Wenn ja, dann erweisen sie der linken Bewegung einen Bärendienst. Oder sind dabei auch die sprichwörtlichen „Trojanischen Pferde“, die im Interesse einer Politik zum Einsatz kommen, die „DIE LINKE“ am liebsten genauso verbieten würde

wie 1956 die KPD? Und noch eines ist gerade angesichts pausenlosen propagandistischen Trommelfeuers von 20 Jahre angeblich „friedlicher Revolution“, „erster freier Wahlen“ in der DDR und „Wiedervereinigung“ nicht zu vergessen: Die formaljuristisch legitimierte Möglichkeit, das Gedenken an die Opfer der Bombennächte durch geistige Nachfolger der Verursacher des Zweiten Weltkrieges zu missbrauchen, wurde damals herbeidemonstriert, mit „Helmut, Helmut“- Rufen herbei geschrien und an jenem 18. März 1990 dank so falscher wie verlogener Versprechungen insbesondere der gewendeten Block-CDU und der in ihrem Interesse erfolgten offenen Einmischung aus der BRD herbei gewählt. Und auch das ist zu bedenken: Ob nun Stanislaw Tillich, Helma Orosz oder Hans-Dietrich Genscher, die da am 13. Februar 2010 auf der Tribüne standen, sie alle gehören Parteien an, die mindestens die Schlussfolgerung „Nie wieder Krieg!“ bis heute nicht gezogen haben. Ansonsten hätte es nämlich weder eine Beteiligung der BRD am Bombenkrieg gegen Jugoslawien noch am Krieg in Afghanistan gegeben.

Hans-Joachim Weise

Landrat Kaufhold favorisiert Stichwahlen?

Da bleibt doch dem bedauernden Herrn Landrat nichts weiter übrig, als die Hände in den Schoß zu legen und geduldig zu warten. Abzuwarten, ob der Landtag rechtzeitig ein Gesetz ändert, dass die CDU während ihrer Alleinregierung verschlechtert hatte. Gemeint ist das Kommunalwahlgesetz, in dem derzeit Stichwahlen bei der Wahl der BürgermeisterInnen und LandrätInnen nicht vorgesehen sind. Landrat Kaufhold muss nun abwarten, wann das Gesetz – am 25. Februar im Landtag beschlossen - veröffentlicht werde und sei gezwungen, in wenigen Tagen die Wahltermine festzulegen, berichtet die Thüringer Allgemeine. Sei das Gesetz bis dahin nicht veröffentlicht, gelte leider, leider die bishe-

rige Regelung. Was die Thüringer Allgemeine - genauer: ihr Chefredakteur – nicht berichtet, sind zwei Fakten. Erstens, das Gesetz könnte längst beschlossen und veröffentlicht sein. Hätten nämlich die Landesregierung bzw. die diese stellenden Fraktionen von CDU und SPD den bereits im November 2009 eingebrachten Gesetzentwurf zur Diskussionsgrundlage gemacht und ihn nicht, wie geschehen, so lange im Ausschuss „geparkt“, bis die Landesregierung endlich Mitte Januar ihren eigenen geschrieben hatte (und mögliche – aus Sicht von CDU – Mängel im Entwurf der LINKEN hätten mit Änderungsanträgen geheilt werden können). Was Herr Pfeiffer auch nicht für berich-

tenswert hält, ist, dass Herr Dr. Kaufhold eben nicht mit den Händen im Schoß abwarten musste. Schließlich ist er nicht „nur“ Landrat, sondern gleichzeitig auch stellvertretender Landesvorsitzender der CDU, die für diese Verschleppungstaktik verantwortlich zeichnet. Und als Landes-Vize (der auch an der Erarbeitung des Koalitionsvertrages beteiligt war, also durchaus als einflussreich gelten könnte) hätte er auf diese Entscheidungen Einfluss nehmen können.

Sabine Berninger

Fraktionssitzungen:		
02.03.10	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
15.03.10	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6, Geschäftsstelle DIE LINKE
15.03.10	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt

Basisorganisationen:		
15.03.10	09.30 Uhr	BO-Vorsitzende südlicher Ilm-Kreis. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Stadtrats-/Kreistagsitzungen:		
17.03.10	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt; Stadthalle
25.03.10	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

Vorstandssitzungen:		
01.03.10	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
24.03.10	19.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
31.03.10	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Sozial auch nach der Wahl!
DIE LINKE.
Kämpft
 Für sichere Arbeitsplätze, den Mindestlohn und bessere Bildung für alle. Gegen soziale Benachteiligung und die Zweiklassen-Medizin. Konzerne und Reiche höher besteuern, damit es hierzulande endlich gerecht zugeht.
 www.fuer-gerechtigkeit.de

Weitere Veranstaltungen:		
07.03.10	14.30 Uhr	Frauentagsfeier des Kreisverbandes. Elgersburg, Schmückerstraße; Hotel „Am Wald“
08.03.10	10.00 Uhr	Internationaler Frauentag – Verteilung von Nelken. Arnstadt „Hopfenbrunner“. Ilmenau, „Apothekerbrunnen“
10.03.10	15.00 Uhr	Renten- und Mietensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
11.03.10	18.00 Uhr	Regionalkonferenz. Gotha; „Waldbahnhof“
14.03.10		Ehrung der Märzgefallenen von 1920
	10.00 Uhr	Arnstadt, Friedhof - Ehrenmal
	11.00 Uhr	Gräfenroda; Friedhof
	11.30 Uhr	Frankenhain; Friedhof
03.04.10	11.00 Uhr	Ohrdruf Bahnhof; Ostermarsch 2010

www.die-linke-ilmkreis.de